

# Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(514.) Protokoll über die Arbeitssitzung am 14. Oktober 2011

Anwesend: **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Börner**, Burkhard, Karlsruhe; **Börner**, Michael, Karlsruhe; **Bräunche**, Dr. Ernst Otto, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Brunner**, Dr. Isolde, Karlsruhe; **Fahrenbruch**, Rainer, Karlsruhe; **Fischer**, Dr. Detlev, Karlsruhe; **Fritz**, Renate, Karlsruhe; **Fritz**, Wolfgang, Karlsruhe; **Furtwängler**, Dr. Martin, Karlsruhe; **Gutjahr**, Margot, Karlsruhe; **Gutjahr**, Rainer, Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. Brigitte, Karlsruhe; **Herzog**, Franz, Malsch; **Hoffmann**, Alexander, Karlsruhe; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Langanke**, Rudolf, Karlsruhe; **Matz**, Prof. Dr. Hans-Jürgen, Karlsruhe; **Mohr**, Thomas, Ettlingen; **Müller**, Hermann, Waldbronn; **Müller**, Dr. Leonhard, Karlsruhe; **Müller**, Monika, Waldbronn; **Raither**, Fred, Hansbach; **Roellecke**, Prof. Dr. Gerd, Karlsruhe; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Schillinger**, Erich, Karlsruhe; **Schuhladen-Krämer**, Jürgen, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Lore, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Prof. Dr. Hansmartin, Karlsruhe; **Staudte**, Michael, Kraichtal; **Vogt**, Hans-Jürgen, Karlsruhe; **Westermann**, Stefan, Bischweier; **Wißwasser**, Jürgen, Karlsruhe; **Wüst**, Gabriele, Rastatt;

Vortrag von

**Dr. Markus Schmidgall**, Marburg

über

**Die Revolution 1918/19 in Baden**

(Kurzfassung. Vgl. künftig Markus Schmidgall, Die Revolution 1918/19 in Baden, KIT Scientific Publishing, Karlsruhe 2011)

Vorgeschichte:

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand am Rande des Alten Reiches in Folge der napoleonischen Flurbereinigungen aus einer mittelgroßen Markgrafschaft das Großherzogtum Baden. Das junge Großherzogtum zeichnete sich zunächst durch verschiedenste Verwaltungstraditionen und regionale Identitäten aus. Durch Kriegsbeteiligungen und die notwendig gewordenen Reformvorhaben drohte Baden im Jahre 1808 jedoch der Staatsbankrott. Im Juli 1808 wurde zu diesem Zweck ein Großherzogliches Edikt veröffentlicht, welches die Einführung einer Verfassung mit ausdrücklichen Bezügen auf das französisch-westphälische („Modellstaat“ Königreich Westphalen) und bayerische Vorbild ankündigte. Der Großherzog und seine Beamten versprachen sich von dieser Idee einer konstitutionellen Verfassung neben der Sanierung des Staatshaushaltes ein Bindeglied zwischen der Monarchie und ihren Untertanen. Nach dem

Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft konzentrierte sich die Verfassungsdiskussion im deutschen Südwesten vornehmlich auf den Artikel 13 der deutschen Bundesakte, wonach in allen deutschen Bundesstaaten eine „landständische Verfassung stattfinden“ sollte. Hierdurch kam es zu einer Herausbildung eines Gegensatzes zwischen den Anhängern eines repräsentativen Prinzips und der heraufziehenden Restauration. Die Badische Verfassung von 1818 gewährte den Badenern schließlich Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz des Eigentums. Die völlige Aufhebung der Leibeigenschaft und die Einführung einer Pressefreiheit sollten mit Folgegesetzen gesondert geregelt werden. Auch wurden die „staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Badener“ in der Verfassung garantiert. Die Erste Kammer des badischen Landtages setzte sich aus Vertretern des Hochadels, der katholischen und evangelischen Kirchengipfel, aus acht vom Großherzog ernannten Mitgliedern und acht gewählten adligen Grundherren sowie zwei gewählten Vertretern der Universitäten zusammen. Die Zweite Kammer des Landtages setzte sich wiederum aus 63 Abgeordneten aus den Städten/Ämtern des Landes und acht vom GH ernannten Mitgliedern zusammen. Die Abgeordneten mussten allerdings mindestens 30 Jahre alt sein, über ein gewisses Vermögen verfügen und ein christliches Glaubensbekenntnis ablegen. Gewählt wurden diese Abgeordneten durch Wahlmänner, welche alle Inhaber eines öffentlichen Amtes waren. Die beiden Kammern des Landtages hatten das Recht zur Steuerbewilligung und das „Recht auf Bitte um Gesetz“. Die Zweite Kammer des Landtages hatte zusätzlich noch das alleinige Recht auf „Ministerklage“ (Abschnitt IVa. der Verfassung) vor dem neu eingerichteten Staatsgerichtshof in Mannheim.

Der revolutionäre Übergang vom Deutschen Kaiserreich zur Republik Weimarer Prägung gehört zu den einflussreichsten und wohl auch am besten erforschten Abschnitten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die revoltierenden Matrosen und Werftarbeiter Norddeutschlands trugen die gewaltsame Revolution ins Landesinnere. Unter dem Druck der sich formierenden Arbeiter- und Soldatenräte dankten der Kaiser und alle Fürstenhäuser im Reich ab. In Berlin wurden innerhalb von wenigen Stunden zuerst die Republik und später die Sozialistische Republik ausgerufen. Der unlängst eingesetzte Reichskanzler Prinz Max von Baden übertrug sein Amt ohne weitere Konsultationen auf Friedrich Ebert und die Sozialdemokratie. Der längst verlorene Krieg kam mit dem Waffenstillstand von Compiègne vom 11. November 1918 zu einem überraschenden aber dennoch ersehnten Ende. Schon in diesem Waffenstillstand waren Vereinbarungen und Forderungen von Seiten der Alliierten formuliert, die der jungen

Republik eine hohe Bürde aufschulterten. Anstelle des Obrigkeitsstaates trat eine parlamentarische Republik, welche beispielsweise durch die freiheitliche Verfassung oder das neue Wahlrecht für Frauen repräsentiert wurde. Die bis dahin konsequent ausgegrenzte Sozialdemokratie übernahm nahezu in allen Teilen des Reiches die Regierungsgewalt und stellte sich damit an die Spitze der neuen revolutionären Bewegung. Die breite gesellschaftliche Mehrheit, die die Republik anfangs zu tragen schien – erst in Form der Arbeiter- und Soldatenräte und später in den Parteien der so genannten Weimarer Koalition – brach jedoch rasch zusammen. Parallel dazu erstarkten die extremen Kräfte an den politischen Rändern, die der Republik distanziert bis offen ablehnend gegenüberstanden. Dies war sicherlich kein zwangsläufiges Ergebnis der Weimarer Republik, aber auch keine zufällige Konstellation. Neben nicht beeinflussbaren äußeren Faktoren gab es von Anfang an strukturelle Probleme, die teilweise auch mit dem Revolutionsverlauf aus dem Jahr 1918/19 zu erklären sind.

Neben Berlin und Weimar, wo bis zum Frühjahr 1919 nahezu alle wichtigen Entscheidungen hinsichtlich der Zukunft der Weimarer Republik getroffen wurden, lohnt ein Blick auf das Land Baden. In der Literatur gilt das von liberalen Monarchen geprägte südwestdeutsche Land als Musterbeispiel für die Verwirklichung stabiler politischer Verhältnisse trotz divergierender Parteiinteressen und somit als Beispiel für das Gelingen eines demokratischen Parlamentarismus. Dies ist unter anderem auf die Einführung der ersten badischen Verfassung im Jahre 1818 und die Revolution von 1848/49 zurückzuführen. Aus diesem Umstand ergibt sich die Frage nach einer besonderen politischen Mentalität in Baden, die den revolutionären Umsturz in Folge des Ersten Weltkrieges zu einer „gezähmten Revolution“ abschwächte. Die starken liberalen Traditionen bis hin zur Ebene der Regierungspolitik und eine sehr reformistisch ausgeprägte Sozialdemokratie schufen anscheinend weitaus günstigere Bedingungen für einen sanften Übergang von der Monarchie zur parlamentarisch-demokratischen Republik als in nahezu allen anderen Landesteilen Deutschlands. Die bereits im Vorfeld der Revolution erkennbare Kooperationsbereitschaft über die Grenzen der einzelnen Parteien hinaus trug ebenfalls zu einer schnellen Regierungsbildung unter Einschluss der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) bei. Diese so genannte „Großblock-Politik“, die sich schon in verschiedenen Städten (Karlsruhe, Freiburg, Offenburg) und Gemeinden bewährt hatte, führte somit auch zur Bildung einer vorläufigen Volksregierung am 10. November 1918 unter dem Vorsitz des Mannheimer Sozialdemokraten Anton Geiß. Die anderen Ressorts verteilten sich wie folgt: Ludwig Marum (SPD), Justiz; Fritz Stockinger (SPD), Unterricht; Philipp Martzloff (SPD),

Übergangswirtschaft und Wohnungsbau; Leopold Rückert (SPD), Verkehr; Johann Brümmer (USPD), Militärische Angelegenheiten; Adolf Schwarz (USPD), Fürsorge; Joseph Karl Wirth (Zentrum), Finanzen; Gustav Trunk (Zentrum), Ernährung; Ludwig Haas (FVP/DDP), Innen und Hermann Dietrich (Nationalliberale), Außen. Auch wenn die Vorläufige Volksregierung eine All-Parteien-Regierung darstellte, so machten SPD und USPD niemals von ihrer erdrückenden Mehrheit Gebrauch. Jedoch war es ein Charakteristikum dieser Regierung, dass sowohl alle Parteien als auch alle Regionen des Landes in ihr vertreten waren. Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang sehr interessant ist, war die Tatsache, dass in keinem anderen Landesteil in Deutschland so viele Kommunalpolitiker der Sozialdemokraten über solch ein hohes Maß an Erfahrung in verantwortlichen Positionen verfügten. In einigen so genannten „Industriedörfern“, etwa im Umkreis von Mannheim, waren Sozialdemokraten schon weit vor 1914 Bürgermeister oder in ähnlich verantwortlicher Position.

Ebenso bezeichnend war der Umgang der Vorläufigen Volksregierung mit dem badischen Herrscherhaus. Nachdem in der Nacht zum 12. November 1918 infolge des so genannten „Klump-Putsches“ in Karlsruhe mehrere Fensterscheiben des Schlosses zu Bruch gingen, floh die großherzogliche Familie nach Zwingenberg am Neckar. Erst zwei Tage später konnten Anton Geiß und Heinrich von und zu Bodman den Großherzog zum Verzicht auf die Regierungsausübung bewegen. Diese so genannte „Fahrt nach Zwingenberg“ gilt als eines der eindringlichsten Ereignisse dieser revolutionären Übergangsphase. Erst am 22. November 1918 verzichtete Großherzog Friedrich II. auf Schloss Langenstein endgültig für sich und seine Familie auf den Thron. Nach rund 800 Jahren endete die Herrschaft der Zähringer in Baden. Noch bevor der Großherzog als einer der letzten regierenden deutschen Fürsten abdankte, setzte die Volksregierung für den 5. Januar 1919 die Wahlen zur badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung an – noch vor den reichsweiten Wahlen zur deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Diskussion der Regierungsmitglieder über die Möglichkeit einer konstitutionellen Monarchie in Baden. Während die Minister des Zentrums und der Nationalliberalen dieser Möglichkeit offen gegenüberstanden, lehnten die beiden USPD-Minister und einige SPD-Minister diese Staatsform kategorisch ab. Die Frage nach der endgültigen Staatsform Badens wurde auf die Landtagsdiskussionen nach der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung vertagt. An diesem Beispiel ist ersichtlich, dass trotz einer Mehrheit auch in der Sachfrage die USPD-

und SPD-Minister keine Entscheidung erzwingen wollten – oder konnten. In manchen Sachfragen spielten die SPD-Minister auch ganz bewusst auf Zeit, da sie sich durch einen klaren Wahlsieg einen größeren Handlungsspielraum nach dem Wahltag im Januar 1919 versprachen. Trotz vieler Probleme wie dem Millionenheer an Soldaten oder einer mangelnden Versorgung der Bevölkerung glaubte sich der Innenminister Ludwig Haas (FVP/DDP) schon Ende November 1918 zu der Beurteilung berechtigt: *„Baden ist wieder ein Musterland, weil das neue Regime hier am besten arbeitet!“*

Neben dem Verhältnis der Vorläufigen Volksregierung zu den badischen Arbeiter- und Soldatenräten lohnt ein Blick auf das Ergebnis der Wahlen zur Badischen Nationalversammlung vom 5. Januar 1919. Von 1,16 Millionen Wahlberechtigten gaben rund 88 Prozent ihre Stimme ab. Erstmals waren auch Frauen im Badischen Landtag vertreten; das Zentrum entsandte vier Abgeordnete ins Parlament: Anna Maria Beyerle, Lehrerin (geboren 1882, katholisch), Mathilde Ott, Armenführerin (geb. 1875, katholisch), Maria Rigel, Hauptlehrerin (geb. 1869, katholisch) und Clara Siebert, Geh.-Regierungsrats-Ehefrau (geb. 1873, katholisch). Ebenfalls mit vier Frauen waren die Sozialdemokraten im Landtag vertreten: Therese Blase, Kupferschmieds-Ehefrau (geb. 1873, evangelisch), Kunigunde Fischer, Ehefrau (geb. 1882, evangelisch), Luise Kräuter, Filialleiterin des Lebensbedürfnisvereins (geb. 1891, katholisch) und Sofie Regenscheid, Arbeiterin und Ehefrau (geb. 1891, katholisch). Die wohl bekannteste Abgeordnete kam aus den Reihen der DDP: Marianne Weber (geb. 1870, evangelisch), Ehefrau des Soziologen Max Weber und spätere Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine. Das schlechte Abschneiden der USPD hatte direkt eine Kabinettsumbildung zur Folge. Am 7. Januar 1919 erklärten Adolf Schwarz und Hans Johann Brümmer von der USPD ihren Rücktritt von ihren beiden Ministerämtern. Demzufolge setzte sich die Badische Regierung nach der Konstituierung der Nationalversammlung im April 1919 aus folgenden Ministern zusammen: Anton Geiß (SPD), Gustav Trunk (Zentrum), Adam Remmele (SPD), Leopold Rückert (SPD), Hermann Hummel (DDP), Joseph Wirth (Zentrum) und Hermann Dietrich (DDP).

Im Winter 1918/19 war es das vordringlichste Ziel der Karlsruher Regierung, mit den Folgen des Waffenstillstandes bzw. der Umstellung von einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft fertig zu werden. Baden war durch seine exponierte Lage an der nunmehr neuen alten Grenze zu Elsass-Lothringen bzw. Frankreich nur unter großen Kraftanstrengungen in der Lage, das

heimwärts strömende Millionenheer der Soldaten adäquat zu versorgen und unterzubringen. Das hohe Aggressionspotenzial unter den desillusionierten und ausgezehnten Soldaten barg insbesondere für Baden eine hohe Gefahr, da gemäß des Waffenstillstandes nahezu das gesamte Staatsgebiet in der neu eingerichteten demilitarisierten Zone lag. Die Regierung in Karlsruhe hätte zu diesem Zeitpunkt nur mit einer Handvoll Polizisten auf einen Gewaltausbruch unter den Soldaten reagieren können. Dass es in den ersten Monaten unter den Soldaten keine nennenswerten Übergriffe gab, ist hier insbesondere den Soldatenräten in Mannheim und Karlsruhe zu verdanken. Hier zeigt sich allerdings auch ein erster Riss im Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur neuen Volksregierung. Die Räteorganisationen beanspruchten ohne eigenständige Arbeit die alleinige Kontrollfunktion in Staat, Wirtschaft und Militär. Im Gegensatz dazu war es das erklärte Ziel der Regierung Geiß, diesen anfangs nahezu übermächtigen Einfluss der Räte nach und nach zu begrenzen und schließlich ganz einzudämmen. Ihren parlamentarischen Einfluss verloren die Räte aber bereits bei der Wahl zur Nationalversammlung, als die USPD mit nur 14.500 Stimmen keinen Abgeordneten in den Landtag entsenden konnte.

In dieser Phase kristallisierten sich der Landesausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte und die Landeszentrale der Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden als Gegenspieler der Vorläufigen Volksregierung heraus. Der Landesausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte war zunächst vorwiegend auf lokaler Ebene angesiedelt und wurde von Soldaten und deren Räten dominiert. Oftmals arbeiteten die Räte hier mit den lokalen Behörden bei der Bewältigung der Versorgungsprobleme sehr stark zusammen. Gerade vor diesem Hintergrund ist auch die Hinzuziehung der Soldatenräte bei der Konstituierung der Vorläufigen Volksregierung zu betrachten, was für die Räte eine Legitimation ihrer neu gewonnenen Macht bedeutete. Für die Regierung Geiß ging es hier aber auch um die Einbindung der militärischen Gewalt, welche stets ein nahezu unkontrollierbares Gefahrenpotenzial für die Regierung war. Bis zur endgültigen Auflösung der badischen Rätebewegung stellte die unklare Finanzierung der Räte und ihrer Organisationen ein ungelöstes Problem zwischen diesen und der Regierung dar. Die Regierung setzte allerdings die Finanzierung immer wieder auch als Hebel für die Durchsetzung von Entscheidungen ein. Ohnehin schwand der Einfluss der Räte spätestens mit der Errichtung der Neutralen Zone. Die Landeszentrale der Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte beanspruchte im Gegensatz zum Landesausschuss ein größeres Maß an politischer Verantwortung. Hierbei kamen den Räten vor allem die schnellere Integration von (Rest-)Soldatenräten und

enge Kontakte zur MSPD zu Gute. Auch konnte die Landeszentrale bereits im November 1918 effektivere Organisationsstrukturen wie den so genannten Elfer-Ausschuss oder in Verbindung damit den Engeren Ausschuss aufbauen.

Mit den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung und den Diskussionen zur neuen Badischen Verfassung schwand der Einfluss der beiden Räteorganisationen spürbar. Eine geplante Zusammenführung zu einem „Vollzugausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte in Baden“ scheiterte jedoch. Im Februar 1919 kam es zur ersten Machtprobe der organisierten Arbeiterschaft mit der Regierung bei einem Streik in Mannheim, der in einem gewaltsamen Volksaufstand mündete. Die Regierung verhängte für drei Tage den Ausnahmezustand über das gesamte Land und erbat militärische Hilfe aus Hessen und Württemberg, um der Situation Herr zu werden. Dieser gescheiterte Aufstand wird in der Literatur gemeinhin als Anfang vom Ende der Räteorganisationen in Baden angesehen.

Zu den nachhaltigsten Ereignissen in der Revolutionsphase 1918/19 muss die Ausarbeitung und Verabschiedung der Badischen Verfassung von 1919 gezählt werden. Bereits am 12. November 1918 wurden erste Beratungen über eine neue Verfassung zwischen den Fraktionen aufgenommen. Diese Beratungen sollten sich bewusst von den Verfassungsdiskussionen auf Reichsebene abgrenzen. Bis zum Ende der Diskussionen im Dezember 1918 kam es immer wieder zu teils heftigen Debatten etwa um die künftige Staatsform oder den so genannten Schulparagrafen. Hier waren alle vier Kommissionsmitglieder unterschiedlicher Auffassung, ob Religion ein Pflichtfach an staatlichen Schulen sein sollte. Das Zentrum bestand auf einer Verankerung als Pflichtfach ohne Ausnahmen an allen staatlichen Schulen. Die DDP wollte den Religionsunterricht lediglich als Pflichtfach an Volksschulen. Die Sozialdemokraten wiederum setzten sich nachdrücklich für einen freiwilligen Besuch des Religionsunterrichts ein. In einem Kompromiss zwischen den Kommissionsmitgliedern Glockner, Zehnter, Weill und Dietz wurde der Religionsunterricht als „Ordentliches Fach“ und nicht als „Pflichtfach“ mit hohen Hürden für einen freiwilligen Besuch deklariert. Nach den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung konnten die badischen Bürger am 13. April 1919 über den Entwurf einer neuen Verfassung abstimmen. Dieser Entwurf ging im Wesentlichen auf die Ausarbeitungen von Eduard Dietz (SPD) zurück.

## DISKUSSION

*Prof. Krimm:* Noch nie hat meines Wissens ein Redner seinen Vortrag mit Fragen an die Arbeitsgemeinschaft beendet – ein guter Gedanke! Ich lade Sie ein zur Diskussion über einen Vortrag, der mit einem Rückblick auf die Verfassungsproblematik des 19. Jahrhunderts begonnen hat, über die Faktengeschichte des Zusammenbruchs von 1918 und das Verhalten der neuen Regierung, über die soziale Problematik und die Versuche einer Wertekonstituierung die Schwierigkeiten jeder Veränderung abgewogen hat, über die entschieden oder die einfach auch nur hingenommen werden mussten. Wir müssen uns bewusst sein, wie groß diese Schwierigkeiten waren. Die Zeit bestand ja nicht nur aus Diskussionen über die neue Verfassung, sondern im Rheingrenzgebiet vor allem doch aus der Angst vor dem Kriegsende bzw. vor den Franzosen. Großherzog Friedrich II. saß mit gepackten Koffern auf der Mainau, weil er dachte, er müsse vor den Franzosen in die Schweiz fliehen – nicht vor den Räten.

*Prof. Roellecke:* Ihre Frage war, ob 1918/1919 in Karlsruhe überhaupt eine Revolution stattgefunden hat. Das hängt natürlich davon ab, wie man Revolution definiert. Auf den politischen Vorgang kann es nicht ankommen, auch nicht darauf, wie viel Gewalt angewendet worden ist. Wir nennen ja die Revolution in Ostdeutschland 1989 auch eine friedliche Revolution. Ich will den Begriff „Revolution“ definieren als den Austausch der Legitimationsgrundlagen eines politischen Systems. Nach dieser Definition war die Revolution in Baden eindeutig eine Revolution, denn ausgetauscht wurde die konstitutionelle Monarchie durch einen demokratischen Rechtsstaat, so kann man das sagen. Und der Großherzog war ja Souverän in Baden, und nachdem alles vorbei war, war er es nicht mehr. Also da habe ich gar keine Zweifel, dass das so ist. Und ich glaube auch, dass diese Definition die Vorgänge vom November 1918 abdeckt. Eine zweite Bemerkung. Auffällig ist, dass die Revolution in Baden ziemlich friedlich verlaufen ist, und das spricht auch für die Berechtigung Ihrer Frage. Ich habe mich, im Zusammenhang mit der Geschichte unseres Dorfes <Wolfartsweier in Karlsruhe> fragen müssen, wie Revolution eigentlich in unserem Dorf stattgefunden hat? Da habe ich etwas ganz Verblüffendes festgestellt. Es gab in unserem Dorf einen Arbeiterrat. Wie der zustande kam, das geht aus den Akten nicht hervor. Aber es liegt ein Brief vor, in dem der Arbeiterrat dem Bürgermeister bestimmte Forderungen gestellt hat, die übrigens ganz bürgerlich waren. Aber weiter fanden sich in den Akten drei Rundschreiben des Bezirksamtes Durlach an die Bürgermeister darüber, wie sie sich zu den Arbeiterräten verhalten sollten. Da wurde erst einmal definiert, was überhaupt ein Arbeiterrat ist? Wer darf sich so nennen? Dies gehe nur dann, wenn er eine echte Funktion in einem Unternehmen hatte oder wenn er gewählt war. Und die zweite Frage betraf die Finanzierung der Reisen der Arbeiterräte und der Teilnahme an Sitzungen und so weiter. Und da hat das Bezirksamt Durlach, das damals wohl ausschließlich mit großherzoglich-badischen Beamten besetzt war, im Einzelnen dargelegt, was die Vertreter der Arbeiterräte zu bekommen hatten. Das Ganze sieht so aus, und ich glaube das entsprach auch der Wirklichkeit, dass man wahrnahm, dass die Zeit der Monarchie vorbei war, aber große Änderungen wollte man eigentlich nicht, auch nicht die Arbeiter- und Soldatenräte. Das zeigt auch der zitierte Brief. Den Arbeitern und Soldaten in unserem Dorf ging es vor allem darum, dass der Bürgermeister künftig seine Dienststunden einhalten sollte. Ich glaube, das darf man auch aus dem Blickwinkel eines kleinen Dorfes festhalten, weil es symptomatisch war. Denn

in der hiesigen Bevölkerung herrschte eine Stimmung, die mit den Verhältnissen eigentlich ganz einverstanden war. Wenn der Krieg nicht verloren gegangen wäre, hätte es keine Revolution gegeben. Davon bin ich fest überzeugt.

Dr. Schmidgall: Ich würde Ihnen zustimmen. Aber in einem Punkt sollten wir versuchen, das Ganze etwas differenzierter zu betrachten. Wenn Sie ein Dorf ansprechen, also in einem ländlichen Gebiet, dann muss, glaube ich, festgestellt werden, dass gerade hier einsickernde oder von der Front zurückkehrende Soldaten, die ländlich geprägt waren, der Landbevölkerung angehört haben, auch wenn sie im November 1918/19 ganz sicher eine andere Sicht auf diesen Krieg hatten als beispielsweise der Industriearbeiter, der sich in Mannheim einem Arbeiterrat oder einem Soldatenrat anschloss, je nach dem wo er herkam. Insofern glaube ich nicht, dass man verallgemeinernd sagen kann, auf Grund der Situation auf dem Land sei die Bevölkerung Badens insgesamt für die negativen Auswüchse der Revolution nicht zu haben gewesen. Das sollte man doch zumindest differenzieren oder einzuschränken versuchen.

Prof. Roellecke: Mein zentrales Argument waren die Rundschreiben des Bezirksamtes an die Bürgermeister. Also das Land spielte da schon eine große Rolle.

Prof. Krimm: Eines der großen Rätsel ist immer die Haltung der SPD, der Macht, die endlich verantwortlich an die Regierung kommt. Geiß als Exponent der SPD legt besonderen Wert darauf, in dieser Rolle durch den Großherzog legitimiert zu sein, solange keine Wahlen stattgefunden haben. Dadurch verzögern sich die Abläufe – es passt aber zur „großherzoglich badischen Sozialdemokratie“. Oder wie muss man die Rolle der SPD in diesem Entscheidungsjahr 1918/19 verstehen? Wie sehr ist sie dem Bestehenden verpflichtet? Wie sehr kann sie innerlich die ganz neuen Ordnungen eigentlich annehmen und aus ihrer bisherigen Rolle heraustreten?

Dr. Schmidgall: Das ist sicherlich einer der zentralen Punkte beim Verstehen dieses Revolutionsablaufes, der Geschehnisse von 1918/19. Ich denke, dass in dieser Zeit den Sozialdemokraten, besonders den fünf Mitgliedern der Regierung, sehr deutlich bewusst ist, dass nun die Regierungsverantwortung zwar nicht in alleiniger, aber zumindest in verantwortungsvoller Position bei den Sozialdemokraten lag und dass dieser Punkt diese fünf Minister und dazu auch einige Personen mehr stark umtrieb, so dass sie durchaus die Sicht daraus gewannen, dass sie mehr oder weniger zwischen allen Stühlen saßen. Da ging es zum einen natürlich darum, sich legitimieren zu lassen, aber auf der anderen Seite bestand auch dieses stets vorhandene Gefahrenpotential der Arbeiter- und Soldatenräte, die es zu bändigen beziehungsweise einzufangen galt und deren Kraft oder auch deren militärische Drohgebärde, wenn man so will, aufzuhalten war. In einigen Punkten ist ihnen dies ja nicht gelungen, beispielsweise eben bei den Geschehnissen in Mannheim im Frühjahr 1919. Da gab es umfangreiche Verhandlungen in der Stadt, die von den SPD-Vertretern mit den Soldatenräten oder den Arbeiterräten geführt wurden, wobei eben nicht mehr darauf eingewirkt werden konnte, dass man zu Übereinkünften kommen konnte, um die Gewaltausbrüche in welcher Form auch immer zu verhindern. Also ich denke, dass es hier durchaus Anknüpfungspunkte bei der Betrachtung von einigen Personen, Sozialdemokraten, Mitgliedern der Regierung gibt, die ein differenziertes Bild von der ganzen

Periode von 1918/19 geben können. Danach ist nicht allein die Sozialdemokratie oder die badische Sozialdemokratie als Ganzes zu betrachten und ihre Sichtweise auf die Revolution.

Dr. Furtwängler: Vielleicht habe ich bei dem, was Sie sagten, einen falschen Eindruck gewonnen, aber die SPD wollte keine Legitimation durch den Großherzog. Am Tag der Bildung der Regierung, am 10. November, war der vorherige leitende Minister von Bodman auch im Karlsruher Rathaus und hat dann vorgeschlagen, man könne hier keine Regierung bilden, da müsse man erst den Großherzog fragen und ihn um Erlaubnis bitten. Die bürgerlichen Minister waren durchaus bereit, diese einzuholen, doch die SPD sagte: Nein! Das machen wir nicht! Also geht es hier nicht um eine Legitimation durch den Großherzog. Dass man sich dann darum bemühte, einen geordneten Übergang zu finden bzw. den Großherzog zum freiwilligen Verzicht zu zwingen, hatte, denke ich, hauptsächlich taktische Gründe, man wollte die Beamtenschaft für sich gewinnen und nicht brüskieren. Am 7. November, als diese Frage kam, war alles eindeutig: Nein, das wollen wir nicht. Und das war ein revolutionärer Akt, und damit hat man sich ganz deutlich von der bisherigen Ordnung abgewandt. Ich wüsste nicht, wie das andere dann zu verstehen ist. Am 14. November hat die vorläufige Volksregierung gleich verkündet, dass sie nun im Besitz sämtlicher Macht von Landtag, Großherzog und Regierung sei, hat also quasi eine absolute Macht für sich postuliert. Da kann man nicht mehr sagen, es gehe hier um ein Zugeständnis des Großherzogs. Das war passé.

Dr. Schmidgall: Ich gebe Ihnen sicherlich Recht, wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dass es hier tatsächlich um eine Unterschrift oder eine förmliche Legitimation gehen sollte. Dann ist es sicherlich richtig, dass hier der Großherzog, aus Sicht der Sozialdemokraten, keine Rolle zu spielen hatte, um diese neue Regierung zu installieren oder formell zu legitimieren. Was aber m.E. die Quellenlage sehr gut widerspiegelt, das ist die Frage danach. Wie war das Verhältnis des Großherzogs zu dieser neuen Regierung, zum Zeitpunkt des 10./11./12. November 1918, die Frage, wie der dazu stehen sollte. Es gab in dieser Zeit durchaus ernstzunehmende Überlegungen, dass man versucht hat, den Großherzog, in welcher Form auch immer, im Staat zu belassen, und das heißt auch von Seiten der Sozialdemokraten eine konstitutionelle Monarchie zu konstituieren. Das war der Punkt, warum die USPD-Mitglieder gegen den Verfassungsentwurf der Sozialdemokraten bzw. der anderen Parteien in der Regierung zunächst Sturm gelaufen sind und versucht haben, diesen zu konterkarieren.

Dr. Furtwängler: Aber ein Verfassungsentwurf lag doch erst Ende Dezember vor?

Dr. Schmidgall: Nein! Die Vorüberlegungen für diese Verfassung oder dieser Diskussionen darüber begannen ja schon unmittelbar mit der Regierungsübernahme des 10.-12. November. Da gab es die Frage, das war die zentrale, die erste Frage sozusagen, wie sollte dieser neue badische Staat, diese Republik oder diese Monarchie, in welcher Form auch immer, mit dem Großherzog an der Spitze aussehen, wenn sie zu installieren war? Die Meinung der USPD war eindeutig, mit dem Großherzog können wir nicht mehr weiter machen, das System muss von Grund auf erneuert werden. Die SPD war in diesem Verhältnis relativ ambivalent. Deshalb habe ich versucht anzusprechen, dass die Sichtweise im Hinblick auf den Großherzog und auf das

großherzogliche System bei den fünf Mitgliedern der Regierung durchaus eine unterschiedliche Sichtweise erkennen lässt.

Dr. Furtwängler: Das kann ich auf der Grundlage der Quellen nicht bestätigen. Also die Regierung, zumindest der SPD-Teil, bei den Bürgerlichen sah das natürlich anders aus, hat da nicht mehr daran festgehalten. Man hat das natürlich bedauert, hat für die großen Verdienste des Großherzogs um Verständnis geworben, aber nachdem in Berlin die Republik ausgerufen war, war für die SPD auch klar, dass das hier nicht mehr geht.

Dr. Schmidgall: Wie gesagt, ich behaupte nicht, dass die SPD generell bzw. einzelne Mitglieder versucht haben, den Großherzog an der Spitze des Staates zu retten. Doch es gab diese Überlegungen, und in diesem Kontext spielte die Frage der neuen Staatsform, wie also der Staat von oben herab aufgebaut werden sollte, eine Rolle auch bei den Diskussionen. Das ist nachzulesen in den Sitzungsprotokollen des Gesamtministeriums, dass da durchaus von verschiedenen Seiten, also in dem Fall von verschiedenen Parteien, darüber diskutiert wurde.

Prof. Krimm: Zur Erklärung der Diskussion muss ich hinzufügen, dass Herr Furtwängler die Sitzungsprotokolle der badischen Regierung ediert.

Dr. Fischer: Ich darf noch einmal zu der Ausgangslage für die Sozialdemokratie Stellung nehmen. Es war ja so, dass am 30. oder 31. Oktober hier in Karlsruhe Ludwig Marum und auch Eduard Dietz eine große Veranstaltung durchgeführt haben, und damals ging man nach der damaligen Situation natürlich davon aus, dass die Monarchie erhalten bleibt. Aber es kommt die verfassungsmäßige Vertretung des Parlaments zum Tragen, so wie es auch in der Reichsverfassungsreform im Oktober 1918 für das Reich verwirklicht wurde. Und dann haben sich die Ereignisse überschlagen. Auch Friedrich Ebert ging in Berlin noch Ende Oktober von dieser Situation aus. Doch dann, als sich die vorläufige Landesregierung hier in Karlsruhe etabliert hat, hatte sich die Sache auch sehr schnell fortentwickelt, und gerade Eduard Dietz wurde dann schon am 16. November von der Sozialdemokratie für den Viererausschuss benannt, der zunächst mit einem Verfassungsentwurf betraut wurde, und dies ist eine sehr interessante Entwicklung. Den Viererausschuss haben Sie nur ganz kurz am Rande erwähnt, weil Sie dies nicht in aller Breite ausführen konnten. Aber der Viererausschuss ist für mich im November 1918 der eigentliche Wendepunkt gewesen. Er wurde noch mit traditionellen Kräften besetzt, und zwar den beiden höchsten Richtern Badens Zehnter und Glockner, die Sie erwähnt haben, Zehnter Zentrumsmann, Glockner Nationalliberaler. Und dazu kam Friedrich Weill als Rechtsanwalt, er hat hier in der Nähe gewohnt, in der schönen Villa in der Maximilianstraße. Friedrich Weill war der Liberale. Eduard Dietz war der Jüngste im Viererausschuss von prominenten Juristen, so muss man sagen, und er hat seinen Entwurf ja dann ganz entschieden durchgezogen, als dann die Kontroverse aufkam. Das ist auch sehr interessant, Glockner und Zehnter wollten ja das Zweikammersystem, also das althergebrachte System, gleichsam eine Honoratiorenkammer, und da war Eduard Dietz ganz energisch und bestand auf dem Einkammersystem. Nachher war die Weimarer Reichsverfassung ja auch auf dieser Linie. Aber das war im November eben eine ganz entscheidende Wegmarke, die von der Sozialdemokratie eingeschlagen wurde. Eduard Dietz hat sich streng an das Erfurter Programm

von 1891 gehalten. Da stand ja eigentlich alles Wesentliche drin, nachdem die Entscheidung gefallen war in Berlin, und dann war auch für die Sozialdemokratie ganz klar, dass die Republik kommt. Das war im November schon angelegt, und Anfang Dezember 1918 kam dann der Bruch im Viererausschuss. Eduard Dietz hat dann seinen eigenen Entwurf erstellt, der sehr umfangreich begründet war, im Gegensatz zu dem Entwurf der übrigen Mitglieder, ein Entwurf, der dann zur weiteren Grundlage für die Verfassung wurde.

*Dr. Schmidgall:* Das kann ich durchweg bestätigen, das stimmt. Es ist dieser Aspekt, den ich versucht habe anzusprechen, dass Dietz diesen eigenen Entwurf abgeben wollte und sozusagen für die SPD deren eigenen Verfassungsentwurf postuliert hat.

*Dr. Müller:* Ich komme auf den Anfang Ihres interessanten Referates zurück, wo Sie sagten, kaum ein Vorgang in der Wissenschaft sei so ausführlich behandelt worden, wie diese Wendezeit 1918/19, und dies auch auf dem badischen Sektor. Ich habe das vielleicht nicht ganz mitgekriegt, wo nun nach Ihrer Auffassung die wissenschaftlichen Lücken sind, die in der Literatur noch gefüllt werden müssen oder die Fragestellungen, die noch nicht geklärt sind. Wie Herr Roellecke völlig richtig sagte, wenn man die Revolution mit anderen vergleicht, dann ist die Frage, wie man dies für Baden beantworten soll, eindeutig: Nicht! Dies gilt vor allen Dingen, weil hier der Beamtenapparat weiterlief. Es gab keine Straßenkämpfe. Es gab keine Enthauptung. Es gab keine Separatistenaufstände. Es gab auch einen ganz ruhigen und friedlichen Großherzog und keinen Knallprotz wie in Berlin. Also wo ist da der Knackpunkt?

*Dr. Schmidgall:* Ich gebe Ihnen Recht, dass der Großherzog nach seinem Thronverzicht sich aus dem öffentlichen politischen Leben völlig zurückgezogen hat. Wo ich Ihnen nicht ganz Recht geben möchte, das ist der Aspekt, ob es in Baden tatsächlich so ruhig und friedlich vonstatten gegangen ist, wie das oftmals auch in der Literatur immer wieder behauptet und dargestellt wird. Ich habe einige Aspekte angeführt, beispielsweise auch den unmittelbaren Revolutionsfortgang in Mannheim und Karlsruhe im November 1918, aber vor allen Dingen auch im Frühjahr, also im Januar und dann wieder im Juni 1919, wo es in Mannheim durchaus zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam, zu Straßenschlachten mit der Polizei und mit den Volkswereinheiten. Dabei ging es auch immer um die Gefahren, ob nicht da auch der französische Nachbar auf Grund dieser massiven Ausschreitungen einen Vorwand sehen könnte, die Stadt beziehungsweise Rheinbrücken oder Hafenanlagen zu besetzen. Insofern würde ich das ein bisschen einschränken. Ich habe versucht, zunächst in meiner Arbeit wie dann auch hier in diesem kleinen Vortrag, anzudeuten, dass man diese Geschichte in diese ganze Revolutionsphase einbetten sollte, im Hinblick darauf, wie man sie enden lassen möchte. Gerade fiel das Wort von der Verfassungsdiskussion bereits schon 1919. Die einen sagen, mit der Behandlung oder der Ausschaltung der revolutionären Umtriebe im Januar 1919 sei die Revolution schon passé gewesen. Hier habe ich versucht, einen Überblick zu schaffen über alle möglichen Fragen. War es eine Revolution oder nicht? Ich denke, diese Frage ist eindeutig beantwortet. Auf der anderen Seite gibt es da praktisch mit dem Einsetzen der neuen Regierung in den 1920er Jahren durchaus viele Protagonisten oder ehemalige Minister, die ihre Sichtweise auf diese Revolution in Buchform wiedergeben. Da hat sich ein Bild mittlerweile gefestigt, wobei das ganze Spektrum dieser Sichtweise auf diese Revolution von links nach rechts

komplett abgedeckt wird. Ich habe versucht dies anzudeuten: Einige sehen die Revolution schon beendet mit der Isolation der neuen Regierung. Es gibt die Ansicht, wonach man das mit dem Verfassungsentwurf oder mit den Wahlen oder mit der Ausarbeitung der Verfassung oder spätestens mit der Verabschiedung der Verfassung beenden lässt. Und diese Sichtweisen habe ich versucht zusammenzuführen, um letztendlich das Gesamtergebnis der Revolution 1918/19 darzustellen.

*Frau Roellecke:* Mir kommt diese Frage doch etwas seltsam vor, ob es nun in Baden eine Revolution war oder nicht, denn auch die Badener wussten ja, was in der Welt geschieht. Ich denke mir, dass die große Revolution in Russland, von der wohl niemand bestreiten wird, dass es eine war, doch auch die Angst geschürt hat, denn es war ja immerhin eine Ideologie, die sich über ganz Europa ausbreiten sollte. Dass diese Ideologie vom Kommunismus Angst erzeugt hat, auch bei den Badenern, das kann ich mir schon vorstellen. Und so kann ich mir auch vorstellen, dass man dann lieber an dem Gehabten, Traditionellen wenigstens soweit festhalten wollte, dass dieses weiter funktioniert, natürlich nicht die Monarchie, aber man wollte doch den Beamtenstaat festhalten. Herr Müller hat das ja wunderbar ausgeführt, wie ruhig das alles vonstattenging, und da muss ich sagen, das hatte Gründe. Diese sehe ich schon darin, dass man eben Angst hatte vor dem, was sich im Osten tat. Da gibt es auch eine schöne Geschichte: Im 19. Jahrhundert wurden die Lehrer alle kontrolliert. Als dann das badische Manifest herausgegeben war, da mussten die armen Schullehrer in Wolfartsweier Antwort stehen darüber, was sie denn unternommen hätten, den kommunistischen Einfluss in der Schule zu verhindern? Das ist also etwas, das auch schon Tradition hatte. So kann ich mir durchaus denken, dass die Revolutionsfrage nach dem Krieg schon eine wichtige Frage war, aber eben deswegen, weil man sie nicht haben wollte. Außerdem hatte man wenig Zeit dafür, denn dann kam ja die Inflation, und da hatten die Leute sowieso etwas anderes zu tun.

*Prof. Krimm:* Eine andere Frage: Wie definiert sich die Regierung gegenüber den konterrevolutionären Bestrebungen, in deren militärischen Schutz sie sich zeitweise begibt? Nimmt sie sich dadurch die Handlungsfreiheit, mit den Räten so zu verhandeln, wie es vielleicht auch möglich gewesen wäre, um sie länger einzubinden? Der spätere Rektor der Karlsruher Technischen Hochschule, Wilhelm Paulcke, hat als Angehöriger des Reichsheeres und, wenn ich mich nicht irre, als Karlsruher Standortkommandant eine solche Ordnungswehr aus Streitkräften und Studenten organisiert, die er zur Verfügung hatte, und hat damit die Ministerien geschützt. Auch dadurch – diese Kräfte waren ja optisch sichtbar –, konnte der Ausnahmezustand in Karlsruhe schnell wieder aufgehoben werden; zu eigentlichen Kämpfen kam es nicht. Diese Dienste für die neue Regierung ließ er sich dann durchaus bezahlen: Er wies später darauf hin, dass er die Regierung vor Volksaufruhr und bösen Kommunisten geschützt habe, und jetzt dafür auch Dankbarkeit erwarte. So hatte ihn die Regierung bei seinen Vorstellungen, wie die künftige Hochschule auszusehen habe, zu unterstützen: Er konnte den Wehrsport einführen, als Vorübung für einen neuen Krieg..

*Dr. Schmidgall:* Ja ich kann Ihnen insoweit zustimmen, als die Regierung vor allem im Dezember und Januar 1918/19 sich dieser Truppenkontingente bemächtigen musste, da sie ja, ich habe es vorhin angedeutet, auf Grund der Situation, wie sie in Lohn und Brot oder in Amt und

Würden kamen, durchaus ohne ein ausreichendes Maß an militärischer Stärke ausgestattet war, um auf etwaige Umstürzbewegungen adäquat reagieren zu können. Das heißt, sie musste sich notgedrungen dieser Kräfte bemächtigen und sie auch entsprechend bezahlen. Aber richtig glücklich war sie erst mit der Aufstellung eigener Formationen, auch mit exponierten Personen an deren Spitze. Erich Blankenhorn ist da z. Bsp. zu nennen, eine Art Polizeipräsident für ganz Baden. Dies waren Personen, denen man auch vertrauen konnte und die, ich will nicht sagen auf null, aber zumindest auf einem gewissen Grundstock vertrauenswürdige Truppenkontingente aufstellen konnten. Im Verlauf der 1920er Jahre vor allen war es dann der Regierung möglich, auf irgendwelche Umstürzumtriebe reagieren zu können.

Herr Staudte: Ich habe eine Frage. Gab es eigentlich 1918/19 Bürgerwehren?

Dr. Schmidgall: Ja, so kann man es nennen. Es gab in der Folge der Aufstellung der Arbeiter- und Soldatenräte auch ganz lokal begrenzte Kontingente, Sie haben es Bürgerwehren genannt, in diesem Fall wurde es z.B. Volkswehr genannt. So war es in einzelnen Stadtteilen, auch in bestimmten Städten, wenn auch lokal begrenzt. Es gab aber auch beispielsweise für ganz bestimmte Industriegebiete oder Industriestandorte und Betriebe Bürgerwehren, die aufgestellt wurden, die sich dann im Zuge der allgemeinen Auflösung, im Spätherbst 1919 aufgelöst haben, auch unter anderem auf Grund fehlender finanzieller Mittel. Das war bei diesen Wehren genauso wie bei den Arbeiter- und Soldatenräten.

Dr. Furtwängler: Eine Ergänzung zu dem was Herr Krimm eben gesagt hat: Die vorläufige Volksregierung hat nicht zuletzt erst einmal versucht, auf die Volkswehren zu setzen. Zumindest Teile der Regierung haben das mit Mehrheit befürwortet. Dagegen regte sich dann Kritik, weil man fürchtete, diese würden zu weit nach links abtriften, und man hat das als Gefahr gesehen und versuchte, diese Volkswehren zurückzudrängen. Anfang 1919 kam dann der Beschluss, wohl auch unter dem Eindruck der Berliner Aufstände, ein eigenes Volksheer aufzustellen, was dann auch bis zur Verfassungsgebung im März dazu geführt hat, dass zwei Bataillone, die in Heidelberg und Bruchsal stationiert waren, aufgestellt wurden. Diese wurden dann auch noch ausgebaut an anderen Standorten, dies in Zusammenarbeit mit dem Generalkommando. Nach außen hin hat man dann versucht, sie als loyale Truppe zu verkaufen, was sie zum Teil auch waren. Man hat versucht, auf die Offiziersauswahl Einfluss zu nehmen. Diese Truppen haben letztendlich auch den von Herrn Schmidgall erwähnten Aufstand in Mannheim beherrscht und auch beendet, obwohl der eigentlich schon politisch gelöst war. Aber dann hat man gemeint, man muss da doch noch einmal die großen Klängen schwingen. Letztendlich aber waren diese Truppen, auf die das Generalkommando starken Einfluss hatte, nicht so ganz auf Seiten der Regierung, da musste man immer vorsichtig sein, und es gab auch in der Regierung heftige Diskussionen, wie man das am besten ausbauen und sicherstellen kann, dass diese Truppen auch wirklich loyal bleiben.

Dr. Schmidgall: In Ergänzung vielleicht noch folgendes dazu: Das ist genau der Punkt, den Herr Furtwängler da angesprochen hat, mit den Standorten von Bruchsal und Heidelberg. Sie haben die Ausstattung angesprochen bzw. auch die Benennung der Offiziere. Aber selbst diese Standorte Bruchsal und Heidelberg waren nicht unumstritten. Da kam es zu heftigen

Diskussionen, weil natürlich auch die eher etwas linksstehenden Sozialdemokraten befürchtet haben - auch aus Mannheim selber kamen solche Stimmen - , dass der Standort in Heidelberg dezidiert dazu dienen sollte, wenn es in Mannheim zu Umtrieben welcher Art auch immer kommen sollte, dieses Freiwilligenbataillon dort eingesetzt werden würde. Das war auch naheliegend. Von daher gab es entsprechende Diskussionen, dass man diese Standorte weiter nach Süden verlegen könnte, in Richtung Freiburg, und dass man sie ein wenig näher an der Grenze aufstellen lassen könnte als eher zentral wie in Heidelberg oder Bruchsal.

Prof. Roellecke: Eine Frage zur Kontinuität. Wissen Sie, ob die Zusammensetzung der vorläufigen Volksregierung der Zusammensetzung des badischen Landestages entsprach?

Dr. Schmidgall: Sie meinen jetzt die Zweite?

Prof. Roellecke: Nein, die Erste. Die Zweite ist ja neu gewählt worden.

Dr. Schmidgall: Sie meinen die ganz normale vorläufige badische Volksregierung vom November 1918?

Prof. Roellecke: Ja, richtig.

Dr. Schmidgall: Diese entsprach sicherlich nicht den Verhältnissen, da ja, ich habe es vorhin angedeutet, die Sozialdemokraten dort nahezu die Hälfte der Stimmen hatten, ebenso die Hälfte der Ministerposten, was ja in dem Fall nicht den Verhältnissen entsprach.

Herr Westermann: Meine Frage bezieht sich auf die Rätebewegung, von der Sie ja gesagt haben, dass sie hauptsächlich an finanziellen Aspekten gescheitert ist. Da wollte ich nochmals nachfragen, ob das wirklich finanzielle Gründe hatte? Ich möchte kurz zwei Gegenbeispiele anführen. Es hat ja in Berlin schon im Reichsrätekongress im Dezember 1918 deutlich eine Absage an das Räte-system gegeben, als deutlich wurde, dass diese Vertreter in der Minderheit sind und wo sich dann die Mehrheitsdemokraten auch deutlich durchgesetzt haben. Von da ist dann wahrscheinlich auch eine Signalwirkung deutschlandweit ausgegangen, dass das Räte-system keine Chance hat. Und zum anderen: Das Wahlergebnis 1919 in Baden, wo ja die USPD sehr schwach abgeschlossen hat, zeugt auch nicht gerade davon, dass das Räte-system so stark in der Bevölkerung verankert war. Meine Frage: War das wirklich nur eine finanzielle Sache, oder war dieses System einfach viel zu schwach hier in Baden?

Dr. Schmidgall: Einerseits ist natürlich nicht nur der finanzielle Schwachpunkt dieser Räte-regierung ausschlaggebend dafür, dass sie sich hat auflösen müssen, beziehungsweise dass sie durch starken Druck aufgelöst wurde durch die Regierung. Aber Sie haben es angesprochen, die Stimmenzahl bei den Wahlen 1919 entsprach nicht der inoffiziellen oder der offiziellen Mitgliederzahl. Diese offiziellen Mitgliederzahlen, die auch in den Akten aufgeführt werden, sind immer sehr verschieden. Sie entsprachen insgesamt auch nicht den Zahlen der Mitglieder bzw. dann dementsprechend den Menschen in Baden, welche die USPD gewählt haben, zumal jetzt auch nicht jedes Mitglied in einem Arbeiter- und Soldatenrat pauschal nur USPD gewählt hat. Das muss man doch bedenken. Die Mitgliederanzahl insgesamt war höher. Bei den

halbwegs gesicherten Zahlen kann man davon ausgehen, dass dann letztendlich bei den Wahlen Stimmen für die USPD abfielen. Doch es ist auffällig, dass dann doch bei den Mitgliedern, den starken Mitgliederräten, die in Mannheim und Karlsruhe angesiedelt waren, im Verhältnis so wenige Stimmen auf die USPD abgefallen sind.

*Dr. Müller:* Ich habe da eine Frage. Wir konzentrieren uns ja weitgehend auf die Regierungsbildung hier im Zentrum des Landes. Doch Baden reicht ja vom Main bis zum Bodensee. Sie haben die Stadt Mannheim erwähnt, das sei ein rotes Nest gewesen, eine Sage, zu welcher die Stadt Mannheim nie stehen wollte. Dann haben Sie die Affäre Klumpp in Karlsruhe genannt. Das war ja etwas ganz anderes, eher eine Clownerie. Gerhard Kaller hat das ja sehr anschaulich dargestellt (Oberrheinische Studien 2), wie dieser vorbestrafte Obermatrose, der es nicht einmal zum Gefreiten gebracht hat, eine Schießerei veranstaltet hat, die den Karlsruhern zutiefst zuwider war. Das heißt, da gab es mental keine Sympathisanten. Wie war denn das am Bodensee? Hat es da irgendwo Unruhen oder Schießereien gegeben, und haben Sie diese territorialen Randzonen in Baden einmal abgeklopft?

*Dr. Schmidgall:* Ich habe dies versucht. Doch auf Grund der Quellenlage, also auch der Wiedergabe von Geschehnissen dieser Tage, ergibt sich daraus, zumindest für die ländlichen Regionen in Südbaden, kein eindeutiges Bild. Es waren wiederum, sage ich mal, konzentrierte Aktionen, die es durchaus gab. Man findet solche in Konstanz oder auch, wenn man jetzt weiter nach Westen geht, Richtung Freiburg, rund um Städte und Industrieanlagen. Also auch dort ist es konzentriert auf Arbeiter- und Soldatenräte, die um die Städte und Industrieanlagen konzentriert waren. Diese, sage ich mal, im Verhältnis beispielsweise zu Mannheim oder zu Karlsruhe eher kleineren Ereignisse zogen sich bis Sommer 1919 immer wieder hin.

*Dr. Furtwängler:* Ich will auf Ihre Bemerkung zurückkommen, dass sich die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin letztendlich auch dafür entschieden haben, für eine parlamentarische Demokratie einzutreten. Und ich denke, das ist in Baden genauso. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich genauso wie die vorläufige Volksregierung als Übergangsinstrument begriffen. Sie wollten sich nicht als Räterepublik etablieren, zumindest in ihrer großen Mehrheit. Und Sie haben ja erwähnt, dass die Mitgliederzahlen größer sind, als dann die Wählerschaft der USPD. Ich denke, das hängt damit zusammen, dass das zum Großteil Mehrheitsdemokraten waren, die auch in diesen Arbeiter- und Soldatenräten aktiv waren, was sich auch daran zeigt, dass bei der ersten Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte am 22. November 1918 sich die Mehrheit auch dafür gewinnen ließ, durch Marum, der aus Karlsruhe angereist war, die vorläufige Volksregierung zu unterstützen. Zwar wurde den Räten dann zugestanden, dass sie die Regierung durch den sogenannten Dreierausschuss kontrollieren. Bezeichnenderweise wurden in diesen Dreierausschuss von der Versammlung aber nur Mehrheitsdemokraten gewählt, das heißt, die Kontrolleure waren genau von derselben Partei, die die Regierung dominierte. Deshalb war das auch ein relativ harmonisches Verhältnis zwischen Kontrollierenden und Kontrollierten. Und deshalb glaube ich schon, dass man sage kann, dass auch in Baden die Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte sich durchaus als Übergangsinstitution begriff, letztendlich mit dem Ziel, eine parlamentarisch-soziale Demokratie zu errichten und keine Räterepublik. Es gab natürlich eine Minderheit um Hermann

Remmele und die Radikalen, aber die konnten sich letztendlich, sowohl auf dieser Versammlung und auch späterhin, nicht durchsetzen.

*Dr. Schmidgall:* In Ergänzung dazu gibt es eine interessante Frage, die immer wieder in der Literatur, speziell zur USPD in Baden, aufgeworfen wird, inwieweit sich das Verhältnis der Radikalen, die Sie mit Remmele, den Kandidaten der Mannheimer Gegend sozusagen, genannt haben, sich in dem Wahlergebnis dann auch widerspiegelt hat. Das kann natürlich in dem Sinne nicht genau beziffert werden, aber natürlich muss festgehalten werden, dass der harte Kern die USPD gewählt hat und entsprechend auch diese 15.000 Stimmen dann ausgemacht hat. Aber wie Sie richtig sagen, die große Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte war zumindest in der Mehrheit eher den Sozialdemokraten zugeneigt als der USPD, und entsprechend erfolgte dann auch die Durchsetzung der politischen Ziele im Hinblick auf die Regierungsbildung, die Ausarbeitung der Verfassung und vieles andere, über das wir hier geredet haben.

*Prof. Krimm* schließt die Sitzung mit herzlichem Dank an den Referenten und die Diskussionsteilnehmer. \_